

Antrag 72/II/2023

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Verschärfung von Meldepflichten bei Aktienhandel

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokrati-
2 schen Ministerinnen und Minister in der Bundesregierung
3 werden dazu aufgefordert, die vorhandenen Meldepflich-
4 ten in Bezug auf den Besitz von und Handel mit Aktien
5 oder anderen börslich notierten Werten von öffentlich An-
6 gestellten deutlich zu verschärfen. Hierunter sind vor al-
7 lem Personen zu verstehen, die aufgrund ihrer dienstli-
8 chen Pflichten Zugang zu sensiblen Informationen über
9 Wirtschaftsunternehmen haben.

10

11 Begründung

12 Im Zuge der Aufklärung des Wirecard-Skandals kam un-
13 ter anderem heraus, dass mehrere eigentlich mit der mit-
14 telbaren Kontrolle befasste Personen in öffentlichen Äm-
15 tern bis kurz vor der Anmeldung der Insolvenz und der
16 mutmaßlichen Fälschung von Unternehmensbilanzen bei
17 Wirecard mit deren Aktien handelten. So kaufte etwa
18 der Chef der Wirtschaftsprüferaufsicht Apas (Abschluss-
19 prüferaufsichtsstelle) noch wenige Tage zuvor Aktien von
20 Wirecard und verkaufte sie ausgerechnet und zufälliger-
21 weise genau an dem Tag, an dem die Apas durch die
22 Bafin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht)
23 über die Bilanz Probleme durch den KPMG-Bericht infor-
24 miert worden ist. Dies zeugt von möglichen Interessen-
25 konflikten und möglichem Insiderhandel aufgrund von
26 dienstlich erworbenem Wissen. Dabei dürften die aufge-
27 deckten Interessenkonflikte wahrscheinlich nur die Spitze
28 des Eisbergs darstellen.

29

30 Um derlei Risiken künftig zu minimieren, muss eine
31 Verschärfung der bestehenden Gesetze schnellstmöglich
32 umgesetzt werden.

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt (Konsens)